

Reproduktion im Spannungsfeld von Klima- und Bevölkerungspolitik. Eine Analyse medial-öffentlicher Meinungsäußerungen

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund pro- und antinatalistischer Politiken staatlichen Handelns sowie sozialer Bewegungen untersucht unser Beitrag, wie die Position eines klimapolitischen Anti-Natalismus in öffentlichen Debatten aufgenommen wird. Grundlage ist eine rekonstruktive Analyse von Online-Kommentaren zu Artikeln der Zeitung *DIE ZEIT*. Im Fokus stehen diskursive Verknüpfungen zwischen Klimapolitik und bevölkerungspolitischem Denken. Die Bezugnahme auf Bevölkerung wird genutzt, um von der klimapolitischen Verantwortung des Globalen Nordens abzulenken. Während in der Wissenschaft demografische Größen genutzt werden, um Emissionen und Konsummuster wohlhabender Gruppen zu analysieren, dient diese Perspektive in der populären Rezeption häufig der Abwehr von Kritik. Die Ergebnisse unterstreichen die Bedeutung reproduktiver Gerechtigkeit im Kontext klimapolitischer Auseinandersetzungen.

Schlüsselwörter

Klimapolitischer Diskurse, Anti-Natalismus, Nichtreproduktion, Soziale Ungleichheit, Bevölkerungspolitik, Öffentliche Meinungen

Summary

Reproduction caught between Climate and Population Policy: An Analysis of Public Opinion expressed in Online Media

Against the backdrop of pro- and anti-natalist policies of state action and social movements, this article examines how climate-related anti-natalism is received in the public discourse, based on a reconstructive analysis of online comments on articles published in the newspaper *DIE ZEIT*. We focus on how climate policy and population policy thinking are linked discursively. Our findings show that references to population are often used to deflect from the Global North's responsibility as regards climate policy. While academic discourse relies on demographic metrics to examine the emissions and consumption patterns of affluent groups, popular discourse frequently invokes this perspective as a means of deflecting criticism. The results underscore the relevance of reproductive justice within climate policy discourses.

Keywords

climate policy discourses, anti-natalism, non-reproduction, social inequality, population policy, public opinion

1 Einleitung

In ihrer Studie „The climate mitigation gap“ aus dem Jahr 2017 berechneten die Autor:innen Seth Wynes und Kimberly Nicholas, dass eine bewusste Entscheidung für bestimmte Lebensstiländerungen zu einer bedeutsamen Reduktion von Treibhausgasemissionen führen könne und die Geburt von weniger Kindern in emissionsstarken Ländern dabei besonders ins Gewicht fallen könne (Wynes/Nicholas 2017: 7). Nicht zuletzt deshalb wurde die Studie seit ihrer Veröffentlichung innerwissenschaftlich wie öffentlich im Hinblick auf Klimaschutz- und Reproduktionspolitik kontrovers und emotional dis-



kutiert. Den diskursiven Resonanzen in der medialen Öffentlichkeit, wie sie durch diese und ähnliche Studien ausgelöst wurden, wenden wir uns im vorliegenden Artikel zu. Denn sie geben Aufschluss über die Verfasstheit klimaschutzpolitischer Debatten. Insbesondere untersuchen wir im Folgenden, wie klimapolitischer Anti-Natalismus öffentlich verhandelt und diskursiv konstruiert wird, mit besonderem Augenmerk auf Verantwortungszuschreibungen und populäre Deutungen klimawissenschaftlicher Erkenntnisse.

Dabei erlauben solche diskursiven Dynamiken keine Rückschlüsse auf geänderte reproduktive Verhaltensmuster. Folgt man aktuellen Untersuchungen, scheint der Klimawandel für reproduktives Handeln keine Rolle zu spielen: So fanden De Rose und Testa (2013) keinen Zusammenhang zwischen Klimasorgen und dem Vorhaben, weniger oder keine Kinder zu haben. Auch in einem neueren Bericht zur demografischen Entwicklung in Deutschland werden das Klima bzw. die Umwelt allgemein nicht als möglicher Grund für gewollte Kinderlosigkeit diskutiert (Bujard 2022). Da sich aber solche Entwicklungen im Fluss befinden, sind die folgenden Zahlen mit Vorsicht zu interpretieren. 30 Prozent der erwachsenen Bevölkerung sind laut Wippermann (2014) kinderlos. Etwa drei Viertel dieser Gruppe (22,5 Prozent der Gesamtbevölkerung) entscheiden sich aktuell bewusst gegen Kinder. Zwei Drittel von ihnen äußern jedoch einen Kinderwunsch für die Zukunft. Zu den genannten Gründen für dauerhaft gewollte Kinderlosigkeit gehören etwa die berufliche Situation, eine Präferenz für einen „genussorientierten hedonistischen Lebensstil ohne Kinder“ (Wippermann 2014: 72) oder Sorgen um die Partnerschaft. Zukunftsängste im Allgemeinen oder Klimasorgen im Besonderen werden nicht genannt (Wippermann 2014¹). Laut Bujard sind circa 21 Prozent der Frauen, die um 1970 geboren wurden, kinderlos (Bujard 2022: 42). In der Hälfte dieser Fälle bestand ursprünglich ein Kinderwunsch und es sprachen keine biologischen Gründe dagegen. Eine Studie von Hickman et al. (2021), wonach 40 Prozent aller jungen Menschen aufgrund von Klimasorgen keine Kinder haben wollen, weist jedoch erhebliche methodische Mängel in der Operationalisierung und Durchführung auf, sodass die Befunde unserer Einschätzung nach nicht belastbar sind. Vielmehr scheinen die Zahlen in der Grundtendenz zu bestätigen, was Konrad Adenauer in den 1950er-Jahren im Rahmen von Debatten über staatliche Familienförderung vorgebracht hatte: Kinder bekämen die Menschen immer.

So sehr Reproduktion in diesem Licht als Privatangelegenheit erscheint, so sehr ist sie gleichzeitig immer auch Gegenstand bevölkerungspolitischer Überlegungen. Geburtenzahlen werden mit Fragen von Bildungs- und Ausbildungspolitik, mit Debatten um einen Fachkräftemangel und eine Gefährdung der Altersversorgung verbunden. Der Generationenvertrag in Deutschland und anderen Staaten des Globalen Nordens ist durch sinkende Geburtenzahlen und steigende Lebenserwartung einem Stresstest ausgesetzt, dem auch durch Zuwanderung nicht ganz beizukommen ist (Bujard 2022). Diese Entwicklungen werden in Anschlag gebracht, wenn hierzulande Bevölkerungsrückgang und Überalterung als Probleme national- und sozialstaatlicher Organisation bezeichnet werden.

Im Gegensatz dazu ist die Weltbevölkerung im Gesamten im letzten Jahrhundert rasant angestiegen. Bujard (2022) verweist darauf, dass die Auswirkungen einer gewachsenen Weltbevölkerung und von gesteigertem Konsum und Energieverbrauch be-

1 Die Studie von Wippermann basiert auf einer Befragung mit offenen Antwortmöglichkeiten, sodass Klimasorgen grundsätzlich als Motiv hätten genannt werden können.

reits deutlich sichtbar seien. Debatten über politische Steuerung demografischer Entwicklungen, insbesondere von Geburtenraten, setzen an diesen Befunden an (Bujard 2022: 67). Diesen Debatten gemeinsam ist die Annahme, dass gesellschaftliche Krisen, etwa durch materielle oder soziale Ungleichheit, durch die Regulierung von Bevölkerung(en) gelöst werden könnten. Aus wissens- und wissenschaftssoziologischer Perspektive wird dieses Verhältnis als Demografisierung des Gesellschaftlichen bezeichnet und auf seine Wirkungen hin untersucht (Barlösius/Schick 2007). Gemeint ist damit, dass nicht Zahlen selbst Politiken bestimmen, sondern deren Deutung und Relevanzzuschreibungen. Barlösius plädiert deshalb dafür, nicht so sehr den demografischen Wandel selbst zu untersuchen, sondern dessen Repräsentation in der Öffentlichkeit, um analysieren zu können, warum demografische Analysen in der deutschen Gegenwartsgesellschaft so viel Zuspruch erhalten (Barlösius 2007: 12).

Hiermit ist also eine Ebene angesprochen, die weniger die Inhalte als die Modi gesellschaftlicher Wissensproduktion zum Gegenstand macht und nach der Funktionsweise öffentlicher Meinungsbildung fragt. Für unseren Forschungsgegenstand, die diskursive Verknüpfung von Reproduktion und Klimaschutz, sind solche kollektiven Akteur:innen von zentraler Bedeutung, die das öffentliche Sprechen über das Thema mitgestalten. Jenseits staatlicher Steuerungsbemühungen treten soziale und aktivistische Bewegungen in Erscheinung, die Reproduktion und Klimaschutz verknüpfen. So verzichten etwa Vertreter:innen der Birth-Strike-Bewegung als Form des Protestes gegen ökologische Krisen bewusst auf das Kinderbekommen. Die Akteur:innen sehen diese Maßnahmen als notwendig, um dem Klimawandel etwas entgegenzusetzen, und auch sie verbinden die Frage der Demografie mit dem Klimawandel. Wie eingangs ausgeführt, ist das Phänomen der bewusst gewählten Kinderlosigkeit aus Klimagründen zahlenmäßig zwar eher unbedeutend. Aber es zeigt sich hier, dass das Thema intensive, emotional geführte und kontroverse Diskussionen auslöst.

Wir betrachten daher im Folgenden, wie antinatalistisch-klimaschutzpolitische Debatten im medial-öffentlichen Raum geführt werden. Insbesondere untersuchen wir, wie die Position eines klimapolitischen Anti-Natalismus in öffentlichen Debatten aufgenommen wird und welche diskursiven Konstruktionen damit verbunden werden. Uns interessiert vor allem, welche Verantwortungszuweisungen erfolgen und welche Begründungszusammenhänge in der populären Rezeption klimawissenschaftlicher Erkenntnisse geschaffen werden. Zunächst beleuchten wir die Debatte um Reproduktion als Klimaschutzmaßnahme und identifizieren einflussreiche Akteur:innen öffentlicher Diskussionen. Anschließend geben wir Einblick in methodisches Vorgehen und zentrale Ergebnisse unserer eigenen empirischen Analyse. Im Fazit diskutieren wir einige Implikationen unserer Befunde.

2 Kontroversen um die Bedeutung von Reproduktion in Klimaschutzdebatten

Nationalstaaten der westlichen Moderne zeichnen sich aus biopolitischer Perspektive dadurch aus, dass sie Regierungsformen über Leben und Tod etabliert haben (Foucault 2006 [1978/1979]; 2023 [1987]). Die Kontrolle von Bevölkerung – etwa hinsichtlich

des Gesundheitszustandes, der Sterblichkeit oder der Wachstumsrate – gilt demnach als zentrale Aufgabe und Legitimation staatlichen Handelns. In der Konsequenz werden sowohl pro- als auch antinatalistische Politiken zu einem Bestandteil von Bevölkerungskontrolle und dem Bemühen um Zugriff auf (familiäre) Lebensführung gemäß den Interessen staatlicher Ordnungspolitik. Die (Re-)Produktion sozialer Ungleichheit war diesen reproduktiven Politiken in der Vergangenheit stets inhärent. Die Fragen, welche Körper, welche Personengruppen, welche intimen Gesellungsformen sich reproduzieren dürfen, sollen, müssen, können (etwa mithilfe von Reproduktionstechnologien) und welche eben nicht, erfüllen für Körper, Personengruppen und intime Gesellungsformen historisch eine Sortierfunktion (Douglas 2013 [1966]). Ulrike Lembke (2024) schlägt das Konzept der Reproduktiven Gerechtigkeit vor und fragt kritisch, wie menschenverachtende Staatspolitiken seit jeher versucht haben, Reproduktion zu steuern. Sie zeigt, wie soziale Rechte der (Nicht-)Reproduktion verteilt sind und mit welchen Praktiken zwischen staatlich erwünschten (z.B. gesunden, heterosexuellen, weißen) und unerwünschten (etwa ungesunden, nichtheterosexuellen, nichtweißen) Teilen von Bevölkerungen unterschieden wird. Rassifizierung, Klasse, Geschlecht, Sexualität, Religion, Behinderung, Krankheit und weitere strukturelle Ungleichheitskategorien sind historisch untrennbar eingewoben in pro- und antinatalistische Politiken, wie sie etwa in rassifizierenden und/oder kolonialherrschaftlichen Eugenikprogrammen, Zwangssterilisationen oder Ein-Kind-Politiken zum Ausdruck kommen.

Es zeigt sich also, dass Fragen von Familie, Geburt und Reproduktion nur auf den ersten Blick reine Privatangelegenheiten sind. Sie bilden vielmehr eine Scharnierfunktion hinsichtlich der Vermittlung familialer Lebensführung und staatlichen Handelns. Dabei werden pro- und antinatalistische Positionen auch jenseits staatlicher Bevölkerungspolitik und -programme verhandelt, etwa in sozialen Bewegungen für Frauen*rechte. Je nach Ziel und raumzeitlicher Verortung hat der Kampf um reproduktive Rechte und Selbstbestimmung eine stärker anti- oder pronatalistische Stoßrichtung. Bewegungen, die sich für reproduktive Rechte und Gerechtigkeit nichtweißer, indigener Frauen und trans* Personen einsetzen, wie etwa das amerikanische SisterSong Women of Color Reproductive Justice Collective, betonen etwa neben dem Zugang zu Abtreibung sowie zu Verhütung, Schwangerschafts- und Geburtsmedizin auch das Recht darauf, Kinder in sicheren und nachhaltigen Lebensverhältnissen aufziehen zu können. In ähnlicher Weise wird an der Schnittstelle von Frauen*- und Behindertenrechtsbewegung auf ein reflexives Verständnis von Emanzipation gedrängt und etwa gefragt, ob pränataldiagnostische Praktiken behindertenfeindlich seien (Achtelik 2022) oder wie die Einschätzung von Einwilligungsfähigkeit bei Menschen mit Behinderung erfolge (Zinsmeister 2023).

Andere Bewegungen für reproduktive Rechte werden prominent von Frauen* aus Bevölkerungsgruppen getragen, deren Gebärfähigkeit historisch nicht zum Problem gemacht worden ist. Situiert im Globalen Norden, zeichnen sie sich durch eine stärker antinatalistische Stoßrichtung aus. Problematisiert wird letztlich auch Natalismus als Institution, also der Umstand, dass Reproduktion als Standardfall der Organisation von Gesellschaften gilt, in denen Wachstum mit Fortschritt und Wohlstand in Verbindung gebracht wird und in denen Nichtreproduktion bzw. stagnierende oder rückläufige Geburtenraten als Gefährdung staatlicher Ordnung gelten. Vor diesem Hintergrund ist in den letzten Jahren die Position eines klimapolitischen Anti-Natalismus artikuliert wor-

den. Der Verzicht auf Gebären wird zum einen als Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise gesehen. Zukünftige Verhältnisse auf der Erde werden zum anderen als nicht hinreichend lebenswert beurteilt. Besonders pointiert formuliert ist diese Position in den ökologisch, feministisch und antinatalistisch ausgerichteten Publikationen von Verena Brunschweiler (z. B. 2019). Brunschweiler ist Mitglied der eingangs erwähnten Birth-Strike-Bewegung (<https://birthstrikemovement.org/>), die von der britischen Sängerin Blythe Pepino ins Leben gerufen wurde. Die Bewegung plädiert für ein kinderloses Leben, bis die Menschheit ihre sozialen, wirtschaftlichen und Umweltprobleme gelöst habe.

Die Idee, durch Reproduktionsverzicht zum Klimaschutz beitragen zu können, ist allerdings auch in feministischen Kreisen nicht unumstritten. Denn ihr liegt die Annahme zugrunde, dass Krisen aller Art durch die Regulierung von Bevölkerung(en) gelöst werden könnten (was wir oben als die Demografisierung des Gesellschaftlichen umrissen hatten, vgl. Barlösius/Schiek 2007). Entsprechend lautet die feministische Kritik an der Birth-Strike-Bewegung, dass sie sich von neo-malthusianischen Organisationen habe vereinnahmen lassen (Schultz 2021: 490f.) und folglich die Vorstellung unhinterfragt übernommen habe, dass Klimaschutz primär eine Frage von Bevölkerungsgrößen sei. Das neo-malthusianische Narrativ als Hintergrundfolie eines klimapolitischen Antinatalismus geht auf Arbeiten von Thomas Malthus zurück und fußt auf der Idee, dass die Klimakrise aus einem Zuviel an Weltbevölkerung resultiere (Schultz 2020).

Neo-malthusianisches Denken und damit die Demografisierung von Klimapolitik können dabei in dem Sinne als institutionalisiert gelten, dass es seit Jahrzehnten als selbstverständliche Grundlage für diverse kollektive Akteur:innen dient, um Problemsachen des Klimawandels zu identifizieren und Maßnahmen für Klimaschutz und wünschenswerte Zukünfte zu entwerfen. Susanne Schultz etwa spricht von einem „Revival“ jenes Denkens auf breiter Front und stellt fest, dass „neomalthusianische Narrative tief in den Wissensarchiven eines konservativen und technokratischen umweltpolitischen Mainstreams verankert“ (Schultz 2020: 25) seien. Die grundlegende Kritik der (feministischen) Demografisierungsforschung (z. B. Murphy 2017; Sasser 2024; Schultz 2021) lautet dabei, dass der Begriff der Bevölkerung untrennbar mit Rassifizierung und Kolonialisierung verwoben sei, sodass es nicht einmal für kritisch-emanzipatorische Vorhaben möglich sei, sich von diesen Vorgaben zu lösen, solange der Begriff der Bevölkerung und die Feststellung einer menschlichen Überbevölkerung weiterhin eine Rolle spielten. Entsprechend seien das Konzept der Population bzw. Bevölkerung und damit verbundene Warnungen vor den Folgen des Bevölkerungswachstums insbesondere im Globalen Süden grundlegend rassistisch und kolonialistisch motiviert (Schultz 2021).

Dasselbe Problem bestehe, wenn feministische Autor:innen des Globalen Nordens forderten, weniger Kinder zu haben, um das Klima zu schützen: Schultz zufolge bestehe die Gefahr, dass diese Forderungen sich von rassistisch und kolonialistisch motivierten Stimmen vereinnahmen lassen. Ähnlich spricht sich auch Jade Sasser (2024) dagegen aus, Bevölkerungsgröße und -wachstum als mögliche Ursachen sozialer, politischer, wirtschaftlicher oder ökologischer Probleme in Betracht zu ziehen. Vor diesem Hintergrund hat das von Adele Clarke und Donna Haraway 2018 herausgegebene Manifest „Making kin not population“ in akademisch-feministischen Kreisen eine Kontroverse ausgelöst, weil menschliche Überbevölkerung als Teil der Problemdiagnose formuliert

wird (vgl. hierzu Strathern et al. 2019). Im geteilten Bewusstsein multipler Krisen stellt die Auseinandersetzung der beteiligten Autorinnen ein gemeinsames, aber kontroverses Ringen um ein angemessenes Sprechen über wünschenswerte Beziehungen von Lebewesen auf der Erde dar.

Die angesprochenen Debatten zeigen, dass Aushandlungen und Bedeutungszuschreibungen zu Fragen von Reproduktion immer mit weiteren Fragen verhandelt werden – etwa der nach gutem Leben oder sozialer Gleichheit und Ungleichheit. Im Folgenden werden wir auf der Basis eigener empirischer Analysen der Frage nachgehen, wie antinatalistische Positionen in klimapolitischen Debatten artikuliert oder nicht artikuliert, wie sie aufgegriffen und weiterentwickelt, in welche diskursiven Zusammenhänge und Äußerungen sie eingebettet werden. Besonders virulent scheint vor dem skizzierten Hintergrund die Frage, ob sich das repressive Moment, in dem Anti-Natalismus mit sozialer Ungleichheit und mit Eugenik-Diskursen verknüpft ist, auch dort zeigt, wo es zunächst nicht intendiert war. Der folgende Abschnitt gibt Einblick in die Besonderheiten der gewählten Datensorte sowie das analytische Vorgehen.

3 Analyse von Online-Kommentaren: Sample und Methode

Für die Zusammenstellung des Materialkorpus für unsere empirische Analyse wurden einschlägige Zeitungsartikel der Online-Auftritte verschiedener deutscher Tages- und Wochenzeitungen gesichtet, die im Jahr 2023 veröffentlicht wurden (aus *SZ*, *taz*, *Deutschlandfunk*, *Tagesspiegel* und *DIE ZEIT*). Die Artikel beziehen sich explizit oder implizit auf die eingangs beschriebene, vielfach rezipierte Studie von Wynes und Nicholas (2017), in der der Verzicht auf die Geburt eines Kindes im Globalen Norden mit dem dabei für den hypothetischen Lebensverlauf eingesparten CO₂ gegengerechnet wurde. Unsere Aufmerksamkeit galt dabei den anonymen Kommentarverläufen der jeweiligen Artikel.

Kommentarspalten als mediale Gattung sind Bestandteil des politischen Raums, weil in ihnen Meinungsbildung betrieben wird: Sie können somit als „spaces of opinion“ gelten (Jacobs/Townsley 2011). Für Äußerungen im digital-öffentlichen Raum können die Sprechenden aufgrund ihrer Anonymität nicht zur Verantwortung gezogen werden. Diskussionsverläufe folgen keiner strengen Logik von Argument und Gegenargument. Vielmehr scheinen das versatzstückartige Aufgreifen und das Nebeneinander verschiedener Deutungen typisch für das gewählte Medium der Online-Kommentare. Hierin sehen wir eine Strukturähnlichkeit zur Alltagssprache, wobei das Wegfallen von direkter Kommunikation sowie der Schutz durch Anonymität noch stärker als die Alltagssprache dazu angelegt scheinen, markante Äußerungen und diskursive Eskalationen zu provozieren. Die Analyse der Kommentarspalten ermöglicht es also, den Raum des Sagbaren und mögliche im digitalen Raum vorgenommene Positionierungen zu untersuchen, die etwa in Interviews oder ähnlichen Formen der Datenproduktion aus Gründen der sozialen Erwünschtheit nicht hervorgebracht werden.

Nach einer groben Sichtung der Kommentarseiten sammelten wir Thematisierungsweisen und diskursive Elemente, um ein Verständnis für das Funktionieren des Feldes zu entwickeln. Dabei nutzten wir die situationsanalytische Technik der ungeordneten

Situationsmap (Clarke/Washburn/Friese 2022; Offenberger 2023; Schwertel 2023), um relevante Positionen und Kontroversen zu identifizieren. So zeigten sich verschiedene diskursive Konstruktionen von Kinderhaben und Elternschaft bzw. des Verzichts darauf, etwa: Kinder als Faktor für den Generationenvertrag², als symbolisch überhöhte oder sakralisierte Objekte elterlicher Fürsorge³, als Hindernis für ein freiheitsorientiertes Erwachsenendasein⁴, als Statussymbol und Konsumententscheidung⁵, als Grund, sich für Klimaschutz einzusetzen⁶, oder Kinderhaben als etwas, auf das aus Gründen des Klimaschutzes verzichtet wird.⁷

Insgesamt verdeutlichen diese Thematisierungsweisen, dass Kinder zu bekommen kein selbstverständlicher Bestandteil mehr von Lebensführung ist. Zumindest diskursiv ist die Institution des Natalismus also brüchig und Reproduktionsfragen sind aus handlungsbedürftig geworden. Vor diesem Hintergrund interessierten uns insbesondere die stillschweigenden oder expliziten Annahmen im Sprechen über klimapolitischen Anti-Natalismus. Mit dem Ziel von detaillierten Analysen wurde gemäß der Logik des theoretischen Samplings und der damit verbundenen Aufmerksamkeit für relevante Kontraste und Gemeinsamkeiten (Glaser/Strauss 1967; Breuer/Offenberger/Schwertel in Vorbereitung) ein Sample aus drei besonders intensiv diskutierten Beiträgen der Online-Seite der Wochenzeitung *DIE ZEIT* erstellt. Das Sample enthält hinsichtlich der Argumentations- und Thematisierungsweisen verschiedene, häufig vorkommende und für die Diskurslandschaft typische Aspekte.

Mit der *ZEIT* fiel unsere Wahl auf ein Medium, das aufgrund seiner Verbreitung, seiner relativ liberalen Ausrichtung und seines Anspruchs an Qualitätsjournalismus eine zentrale Position in der deutschen Zeitungslandschaft einnimmt. Besonders relevant für unsere Untersuchung war der von der Zeitung bewusst kuratierte digital-mediale Raum, der sich durch klare Moderationsregeln und einen differenzierten Umgang mit Meinungsäußerungen auszeichnet. Während kursorische Analysen politisch stärker links- oder rechtsgerichteter Blätter zur uns interessierenden Thematik teils radikalere und polarisierendere Aussagen in den Online-Kommentaren offenbarten, erschien uns *DIE ZEIT* durch ihren moderater geprägten Diskursraum als geeigneter, um normative Grenzen des „Sagbaren“ sowie Mechanismen der Meinungsregulierung zu untersuchen und dadurch ein potenziell breiteres Spektrum an Leser:innen und Diskussionsteilnehmer:innen einzuschließen (anders als etwa Zeitschriften wie *Cicero* oder *Bild*).

Bei den für die Feinanalyse ausgewählten Kommentaren handelt es sich um solche, die in Folgekommentaren besonders häufig zitiert und viel diskutiert wurden. Solche Kommentare werden angezeigt, wenn die Kommentarspalten des *ZEIT*-Online-Auf-

2 Siehe <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-10/klimaschutz-kinderlosigkeit-co2-bilanz-ausrede#cid-67092545>.

3 Siehe <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-10/klimaschutz-kinderlosigkeit-co2-bilanz-ausrede#cid-67091066>.

4 Siehe <https://www.zeit.de/2023/22/elternschaft-kinder-stellenwert-vermaechtnisstudie/seite-4#cid-65477210>.

5 Siehe <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-10/klimaschutz-kinderlosigkeit-co2-bilanz-ausrede#cid-67089820>.

6 Siehe <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-10/klimaschutz-kinderlosigkeit-co2-bilanz-ausrede#cid-67091230>.

7 Siehe <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-10/klimaschutz-kinderlosigkeit-co2-bilanz-ausrede#cid-67092218>.

tritts nach ‚Highlights‘ durchsucht werden. Der so gebildete Korpus wurde daraufhin eingehend offen-sequenzanalytisch kodiert, gemäß den Prinzipien der Grounded Theory (Strauss 1994). Wesentliche daraus gewonnene Befunde stellen wir im Folgenden vor.

4 Klimapolitischer Anti-Natalismus in populären Debatten: eine empirische Analyse von Argumentationsformen und Implikationen

Die Ergebnisse unserer Analyse der Deutungen von klimapolitischem Anti-Natalismus zeugen im Überblick von einer Institutionalisierung des neo-malthusianischen Narrativs: Es fungiert als selbstverständliche Hintergrundfolie für die Kommentare und Argumentationen, und als solches entfaltet es eine eigene Logik des Sprechens über klimapolitische Anliegen. Die Kategorie ‚Menschheit‘ wird dabei einmal als einheitlich und einmal als zweigeteilt dargestellt, was in beiden Fällen dazu führt, dass klimaschädliches Verhalten im Globalen Norden bzw. von reichen Teilen der Weltbevölkerung ausgeblendet wird und im Diskurs um Klimaschutz als irrelevant erscheint.

4.1 (Welt-)Bevölkerung: Wir und die Anderen

Eine zentrale Strategie, eine antinatalistische Position einzunehmen, ist die Unterteilung in eine Wir-Gemeinschaft (Deutschland, Europa oder der Globale Norden) und ‚die Anderen‘ (Globaler Süden). Diese Vergleiche fungieren im vorliegenden Datenmaterial als Relativierung von Klimaschäden durch die eigene Bevölkerung. Das Problem wird vielmehr auf ein Außen projiziert, welches durch Nicht-Reproduktion reguliert werden sollte.

Abbildung 1: Kommentar von G. zum Artikel „Aber die Weltbevölkerung wächst weiter“

9

21. Juli 2023 um 15:53 Uhr

⋮

Herr Schmitt,

Sie begehen mit Ihrer These einen **riesigen Fehler** - und damit ist Ihre Aussage einfach grotesk.

Nämlich das Sie die miesen Lebensbedingungen der anderen als Referenz nehmen - und auf dieser Basis dann argumentieren wie *'Vielmehr baden sie all die Unwetter aus, die anderswo verursacht werden. Nämlich in der reicheren Hälfte der Welt, die 86 Prozent des CO₂ in die Luft bläst'*

Niemand verzichtet dort auf individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, hungert, trinkt schlechtes Wasser usw. um die Umwelt zu schonen.

Jeder der z.B. von dort zu uns kommt nimmt umgehend die hier deutlich besseren Bedingungen wahr - weil jeder Mensch nach o.a. strebt - auch Sie z.B.

Auch Sie nehmen dieses Duschgel, dieses Weingummi, dieses Mobiltelefon, diese Reisemöglichkeit, usw. usw - die Liste ist 'endlos'.

Weil Sie dieses eine Leben möglichst frei gestalten möchten.

Daher kommt die von mir oft gebrachte Darstellung: was würde ein vorbeikommender Außerirdischer sagen?

Genau: ihr macht euren Planeten kaputt, entscheidet euch - wollt ihr Qualität (eine Gemeinschaft bei der sich jedes Individuum frei entfalten kann - und somit eine zufriedene Gesellschaft) oder wollt ihr viele sein? Denn beides zusammen geht nicht.

die **Fakten** sind:

Deutschland
1950 68 Mio.
2021 83 Mio
Indien, China, Afrika
1950 1150 Mio.
2021 4100 Mio
bei gleichem Wachstum wie in D würden es nur ~ 1400 Mio. sein
(und in ~ 20 Jahren nochmals + 1000 Mio.)
Deutschland + 22%
erwähnte Gebiete + 256 %
d.h. 11,6x mehr

6 Antworten

29

15

4

14

10

1

Quelle: <https://www.zeit.de/2023/31/ueberbevoelkerung-klimawandel-wachstum-klima-ausreden#comments> [Zugriff: 01.07.2025].

Der folgende Kommentar⁸ reagiert auf den Artikel „Aber die Weltbevölkerung wächst weiter“ (Schmitt 2023), in dem der Verweis auf die Bevölkerungsgrößen afrikanischer

8 Wir kürzen die Nutzer:innennamen der Online-Kommentarseiten mit deren erstem Buchstaben ab. Die im Folgenden zitierten Ausschnitte sind – unter Beibehaltung der Rechtschreibung und Zeichensetzung – von dort entnommen.

GENDER 1 | 2026

Länder als Scheinargument in der Klimadebatte entlarvt und stattdessen die Verantwortlichkeit des Globalen Nordens für hohe CO₂-Emissionen betont wird. Diese Argumentation wird in den Kommentaren jedoch weitgehend abgelehnt. Stattdessen wird die Bevölkerungsgröße (afrikanischer Länder) zum Hauptproblem erklärt, und die Reduktion von Bevölkerungszuwächsen wird als Mittel gegen die Klimakrise deklariert. Diese Argumentation dient einer Rechtfertigung des eigenen Lebensentwurfs: G., die:der Verfasser:in des Kommentars, bezieht sich explizit auf eine These des Autors, dass die reichere Hälfte der Welt für den Klimawandel verantwortlich sei und die ärmere Hälfte die Folgen tragen müsse. Dabei kritisiert G., dass es falsch sei, „die miesen Lebensbedingungen der anderen als Referenz (zu) nehmen und auf dieser Basis (zu) argumentieren“.

Während im Artikel verschiedene Wohlstandsniveaus als Grundlage für eine Einteilung der Weltbevölkerung genommen werden, mündet dies im Kommentar recht umstandslos in eine Abgrenzung von unbestimmten ‚Anderen‘. Im Verlauf des Kommentars erfolgt dann eine geografische Zuordnung, die unspezifisch mit ‚hier‘ und ‚dort‘ markiert wird. ‚Dort‘ wird pauschal bestimmt als Ort des unfreiwilligen CO₂-Sparens: „Niemand verzichtet dort auf individuelle Entfaltungsmöglichkeiten, hungert, trinkt schlechtes Wasser usw. um die Umwelt zu schonen“. Die Kritik im Zeitungsartikel an der reicheren Hälfte der Welt wird zum Anlass genommen, die eigene implizierte Verantwortlichkeit zu negieren. Die Problematisierung von Lebensweisen scheint stark affektiv aufgeladen und wird schnell als Eingriff in das Private gedeutet. Ein solcher Eingriff wird mit dem Verweis auf Freiheit als hohes Gut abgelehnt („... weil Sie dieses eine Leben möglichst frei gestalten wollen“).

G. fährt fort, indem die eigenen Lebensbedingungen (und die damit verbundenen hohen CO₂-Emissionen) als für alle Anderen erstrebenswert dargestellt werden: „Jeder der z.B. von dort zu uns kommt nimmt umgehend die hier deutlich besseren Bedingungen wahr – weil jeder Mensch nach o. a. strebt“. Postuliert wird hier ein anthropologischer Universalismus, der den eigenen Lebensstil nicht nur für alle Menschen als erstrebenswert, sondern auch als unausweichlich und nicht hinterfragbar darstellt. Die Klimaschutzdebatte koppelt G. an Fragen des Zugangs zu diesem Lebensstil und sieht die dadurch verursachten Folgen für andere Teile der Welt nicht als Teil des Problems.

Was hingegen im Kommentar (im Gegensatz zum referenzierten Zeitungsartikel) als selbstverständlicher Ausgangspunkt von Problemen identifiziert wird, ist die Bevölkerungsgröße von Ländern, deren Bewohner:innen als ‚die Anderen‘ markiert werden. G. führt ein imaginiertes außerirdisches Wesen in die Argumentation ein und lässt es kommentieren: „Genau: ihr macht euren Planeten kaputt, entscheidet euch – wollt ihr Qualität (eine Gemeinschaft, bei der sich jedes Individuum frei entfalten kann – und somit eine zufriedene Gesellschaft) oder wollt ihr viele sein? Denn beides zusammen geht nicht“. Die Zerstörung des Planeten wird eingeräumt, doch als Ausweg erscheint die Verringerung der Weltbevölkerung – zugunsten der Lebensqualität Weniger. Die Logik von Bevölkerungskontrolle richtet sich dabei selektiv gegen ‚die Anderen‘, legitimiert durch die Sorge um den eigenen Lebensstandard.

Im Kommentar zeigt sich eine tief verwurzelte, in ihrer Selbstverständlichkeit nicht hinterfragte Vorstellung eines Zuviel an bestimmten Menschen, die Vormachtstellung bestimmter Leben(-sentwürfe) und die Selbstverständlichkeit eines (kapitalistischen)

Entfaltungsmythos. Die Unantastbarkeit des eigenen Lebensentwurfs und die Ablehnung von Eingriffen in als privat markierte Bereiche werden einem ‚Wir‘ und einem ‚Hier‘ zugeschrieben, während Bevölkerungskontrolle und die Regulierung des Zugangs zu Wohlstand für diejenigen, die als ‚die Anderen‘ im ‚Dort‘ verortet werden, als legitimer und notwendiger Eingriff zum Schutz des Planeten dargestellt werden. Stabilisiert wird diese Deutung durch die universalisierende Annahme, dass alle Menschen diesen Wohlstand erstreben würden, wenn sie könnten.

Eine noch explizitere Einteilung in ein ‚Wir hier‘ und ‚Die Anderen dort‘ wird in einem Kommentar vorgenommen, der auf den Artikel „Aber ich habe ja keine Kinder ...“ (Tlusty 2023) reagiert. Im Artikel wird die Frage thematisiert, ob der Verzicht auf Kinder einen ausschweifenden Lebensstil legitimiere. Im Kommentar führt dies zu einer Auseinandersetzung mit der Problematisierung bestimmter Bevölkerungsgrößen.

Abbildung 2: Kommentar von EW. zum Artikel „Aber die Weltbevölkerung wächst weiter“



Quelle: <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-10/klimaschutz-kinderlosigkeit-co2-bilanz-ausrede#comments> (zugänglich per Zeit-digital-Abonnement) [Zugriff: 01.07.2025].

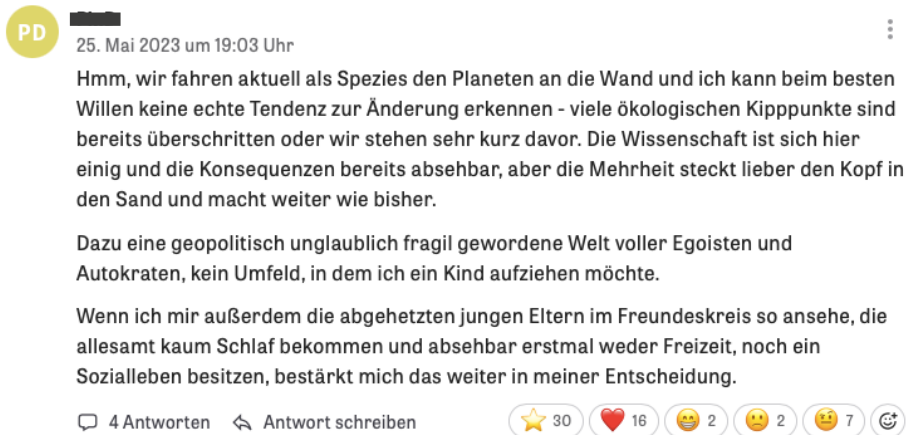
Der Kommentar von EW. bekräftigt die Sorge eines vorausgehenden Kommentars um ein starkes Bevölkerungswachstum, distanziert sich dabei aber von einer Problematisierung der gesamten Menschheitsgröße und kritisiert stattdessen explizit das Wachs-

tum afrikanischer Länder. Dabei bedient EW. sich ganz selbstverständlich des neomalthusianischen Narrativs und problematisiert die Bevölkerungsgröße eines ganzen Kontinentes mit Verweis auf den undefinierten Sammelbegriff der Nachhaltigkeit. Einer behaupteten Verzehnfachung der Bevölkerung afrikanischer Staaten innerhalb weniger Jahrzehnte wird in ähnlich dramatisierender Weise die drohende „Ausrottung“ Deutschlands gegenübergestellt. Durch diese Darstellung wird die Unterscheidung von ‚Wir‘ und ‚die Anderen‘ mit einer Gefährdung in Verbindung gebracht und die größere, zahlenmäßig wachsende Gruppe wird als Bedrohung der geburtenschwächeren kleineren Gruppe dargestellt.

4.2 (Welt-)Bevölkerung: Die zerstörerische Menschheit

In der Rezeption wissenschaftlichen Wissens zur Verbindung von Klimapolitik und Anti-Natalismus in Populärmedien ist zudem eine Tendenz zur Universalisierung zentral: Anstelle struktureller Faktoren wie klimaschädlicher Infrastrukturen rücken erneut Geburtenraten in den Mittelpunkt – trotz der gleichzeitigen Unterscheidung zwischen dem Globalen Norden („wir“) und dem Globalen Süden („die Anderen“).

Abbildung 3: Kommentar von PD. zum Artikel „Kinder? Nicht so wichtig!“



Quelle: <https://www.zeit.de/2023/22/elternschaft-kinder-stellenwert-vermaechtnisstudie/seite-4#cid-65480200> (zugänglich per Zeit-digital-Abonnement) [Zugriff: 01.07.2025].

Ein Kommentar zum Artikel „Kinder? Nicht so wichtig!“ (Novotny 2023) bringt den sinkenden Kinderwunsch in Deutschland mit Sorgen um den Klimawandel in Verbindung. Darin wird das Konzept des Anthropozäns so gedeutet, dass die Menschheit insgesamt als zentraler zerstörerischer Faktor der Erde ausgemacht wird. PD., der:die Verfasser:in des Kommentars, bringt die Sorge über den aktuellen Verlauf des Klimawandels zum Ausdruck und macht deutlich, dass aus PD.s Sichtweise nicht von einer Änderung dieses Verlaufs auszugehen ist, es sei „beim besten Willen keine Tendenz zur Änderung [zu] erkennen“. Die gesamte „Spezies Mensch“ wird von PD. gleichermaßen als Verursacherin und Verantwortliche des Klimawandels ausgemacht und erscheint sämtlich

als zerstörerische Figur, ohne Differenzierung klimaschädlicher Praktiken oder struktureller Bedingungen. Diese Perspektive basiert auf der nicht hinterfragten Annahme einer universellen, individuellen Verantwortlichkeit und blendet damit umweltschädliche Infrastrukturen und Machtverhältnisse aus. Statt konkreter Verhaltensweisen rücken die bloße Existenz von Menschen und deren Reproduktion in den Fokus. Auf diese Weise wird der Beitrag hochindustrialisierter Nationen relativiert. Keine Kinder zu bekommen wird als moralisch richtiges Verhalten interpretiert, was in fatalistischer Weise mit dem Wohl des ungeborenen Lebens begründet wird. Für sich selbst beansprucht PD. die Position der:s unbeteiligten Beobachter:in, deutlich in Aussagen wie „... beim besten Willen keine echte Tendenz zur Änderung zu erkennen“ oder „die Mehrheit steckt lieber den Kopf in den Sand und macht weiter wie bisher“.

Die Analyse zeigt zwei Aneignungsweisen des neo-malthusianischen Narrativs und der damit verbundenen Relevantsetzung von Bevölkerung: Erstens wird klimapolitischer Anti-Natalismus im medial-öffentlichen Diskurs mit einem (nationalen) Wir-Bewusstsein verknüpft, das sich von ‚den Anderen‘ mit mehr oder weniger eindeutigen geografischen Einteilungen und Zuordnungen von Kontinenten verortet. Dadurch geraten bestimmte Bevölkerungsdynamiken von Schrumpfung und Wachstum in den Blick, wobei eigene individuelle Freiheitsansprüche mit paternalistischen Regulierungsfantasien gegenüber ‚den Anderen‘ einhergehen. Zweitens etabliert die implizite Bezugnahme auf das Anthropozän die Vorstellung einer sämtlich ‚zerstörerischen Menschheit‘. Diese Universalfigur verdeckt Unterschiede in klimaschädigenden Praktiken zwischen Bevölkerungsgruppen weltweit. Beide Verwendungsweisen des Bevölkerungsbegriffs dienen somit dazu, den Status quo der Sprechenden zu legitimieren und abzusichern: den Status quo jener, die im Globalen Norden leben und deren Wohlstand sich historisch nicht zuletzt kolonialherrschaftlichen und durch rassistische Ideologien legitimierten Ausbeutungspraktiken verdankt.

5 Fazit und Diskussion

Unser Artikel hat untersucht, wie die von antinatalistischen Strategien durchdrungene Verknüpfung von Bevölkerung und Klimaschutz in den Kommentarspalten von Online-Medien aufgegriffen wird. Dabei zeigte sich, dass die Kontroversität des Diskurses um Demografie und Klimaschutz weniger mit gelebter Praxis zusammenhängt, sondern vielmehr Ausdruck antinatalistischer Diskurspositionen ist. So scheint Klimaschutz hierzulande nur eine marginale Rolle als Motivation für tatsächlichen Reproduktionsverzicht zu spielen, wird jedoch in Diskussionen prominent ins Feld geführt. Das macht die Debatte nicht weniger relevant, im Gegenteil: Die Tatsache, dass gerade ein Thema, das für die eigene Lebenswelt irrelevant erscheint, solche hitzigen Debatten auslöst, lässt darauf schließen, dass es hier um mehr geht als die individuelle Lebensplanung. Es stellt sich die Frage, welche Möglichkeitsräume durch solche diskursiven Positionierungen eröffnet oder verschlossen werden und welches Wissen welche Effekte zeitigt.

Ausgangspunkt unseres Artikels war die Feststellung, dass wissenschaftliche Akteur:innen Reproduktionsverzicht im Globalen Norden mit der Einsparung von CO₂ in Verbindung bringen. Der Rekurs auf Bevölkerung als relevante Größe für Klima-

schutzfragen dient in wissenschaftlichen Kreisen dazu, das Potenzial zur CO₂-Einsparung emissionsstarker Länder und Erdteile zu berechnen sowie klimaschädliche und ressourcenintensive Praktiken bestimmter wohlhabender Bevölkerungsgruppen insbesondere des Globalen Nordens zu problematisieren. Dass solche vermeintlich objektiven Berechnungen allerdings auch für antinatalistische Positionen angeeignet werden können, wie etwa die Rezeption der eingangs zitierten Studie von Wynes und Nicholas (2017) und ähnlicher Forschungsbefunde, zeigt: Die Perspektive der Demografisierung wird verknüpft mit Deutungsmustern von (Welt-)Bevölkerung, die diese entweder als binäre und hierarchisch gedachte Opposition oder in einer Versämtlichung fasst. In den von uns analysierten Online-Kommentaren hat beides denselben Effekt: Der Globale Norden wird gegen Kritik an klimaschädlichen Praktiken immunisiert.

Unsere Analyse hat gezeigt, dass Klimaschutzdebatten, die an diese Feststellung anknüpfen, in den analysierten Meinungsäußerungen sehr leicht in Bevölkerungsdebatten umschlagen können. Dabei unterstellen wir nicht, dass den Kommentarverfasser:innen dieser Meinungsäußerungen der Klimaschutz gleichgültig ist. Allerdings zeigen die Kommentarspalten das diskursive Aussagenfeld antinatalistischer Positionen auf und wie dort wissenschaftliche Studien angeeignet werden. Als ein Effekt der dort vorgenommenen Koppelung von Reproduktionspraktiken und Bevölkerungszahlen ergibt sich, dass andere klimaschutzrelevante Verhaltensweisen und Prozesse aus dem Blickfeld geraten.

Auf die problematische Verknüpfung von Bevölkerung und Klimaschutz hat bereits Susanne Schultz (2020) hingewiesen, die darin eine gefährliche Vorlage für menschenfeindliche Bewegungen erkennt und es daher für nicht vertretbar hält, diese Verbindung aufzuwerfen. Die empirischen Befunde unterstützen die Einschätzung, dass die Demografisierung von Klimaschutzdebatten ambivalente Effekte hervorbringt: Die tiefgreifende Institutionalisierung neo-malthusianischen Denkens zeigt sich insbesondere daran, dass die Verknüpfung von Klimaschutz und Bevölkerungsregulierung weitgehend selbstverständlich und unwidersprochen angenommen wird. Dass und vor allem, wie mühelos und unverblümt ein solches Denken in unserem Datenmaterial mit rassifizierenden Grenzziehungen verknüpft wird, hat uns als Autorinnen überrascht und erschreckt, zumal wir uns mit der *ZEIT* bewusst auf ein akademisches und relativ liberales Medium beschränkt hatten, dessen Online-Redaktion das Verbot von Beleidigungen und Diskriminierung in ihrer Netiquette verankert hat.

Kommentarspalten als „spaces of opinion“ (Jacobs/Townsley 2011) repräsentieren in erster Linie die Meinungen Einzelner. Gleichzeitig sind sie weder unpolitisch noch als isoliert zu betrachten: Politische Kollektive nutzen Kommentarspalten gezielt, um bestimmte Positionen zu platzieren, und (problematische) Vereinnahmungen können stattfinden (Jacobs/Townsley 2011). Welche Positionen dabei als äusserbar und einnehmbar gelten, verdeutlicht, wie das Aussagenfeld um Klima und Anti-Natalismus gestrickt ist und wie salonfähig rassifizierte Argumentationen sind. Äußerungen wie die von uns analysierten zeigen, was zu einer bestimmten Zeit an einem bestimmten Ort als sagbar gilt oder gelten sollte.

Insgesamt erwies sich das Genre der Kommentarspalte in unserer Untersuchung als Austragungs- bzw. Diskursort für antinatalistische Debatten, in denen lautere und leisere, einflussreichere und weniger einflussreiche Positionen verhandelt werden. Die analysierten Kommentare lösten intensive Debattenverläufe aus. Neben antinatalisti-

schen Debatten waren auch andere Perspektiven präsent, diese blieben jedoch deutlich marginalisiert. Hierzu gehören etwa Kommentare, die die Demografisierung von Klimapolitik kritisch hinterfragen; solche, die die Verantwortung des Globalen Nordens für die eigenen CO₂-Emissionen betonen, oder solche, die schrumpfende Kinderzahlen im Globalen Norden nicht als Problem sehen und stattdessen auf globalen Kinderreichtum verweisen.

Wie also mit problematischen Verwendungsweisen von Demografisierung aus feministischer Perspektive umgehen? Die jüngst von Autor:innen wie Clarke und Haraway (2018) entwickelte Agenda, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz, Ökologie und Fragen der Bevölkerungsregulierung – auch zugunsten nichtmenschlicher Lebewesen – zusammenzudenken, entfaltet zweifellos eine starke Anziehungskraft. In „Making kin not population“ bemühen sich die Autor:innen, diese komplexe Stoßrichtung auf respektvolle Weise auszugestalten: „How can we discuss such thorny problems and articulate new positions in ways that are also respectfully pro-mother, pro-child, pro-parent and pro-person?“ (Clarke/Haraway 2018: 10). Das hierin enthaltene Plädoyer, Klimapolitik mit Fragen reproduktiver Gerechtigkeit zusammenzudenken (Lembke 2024), scheint ein möglicher Pfad zu sein, das Thema nicht nationalistischen und rechtskonservativen Gruppen zu überlassen, sondern auch globale Ungleichheiten und humanistische Perspektiven in die Debatten zu integrieren und Lebensräume für Personen mit und ohne Kinder zu ermöglichen. Antinatalistische Positionen erweisen sich dabei oft als situiert und relational: Sie werden überwiegend von privilegierten, gut gebildeten Angehörigen westlicher Mittelschichten formuliert, die historisch nie Ziel repressiver Bevölkerungspolitik waren. Problematisch werden solche Positionen insbesondere dann, wenn sie reproduktive Gerechtigkeit ignorieren und die ambivalente Seite von Bevölkerungspolitik außer Acht lassen – ein Versäumnis, das gleichermaßen für pro- und antinatalistische Haltungen gilt. Ein kritisches Bewusstsein für die Gefahren des Diskurses der Demografisierung von Klimaschutz sowie eine stärkere Betonung reproduktiver und sozialer Gerechtigkeit sind daher, so unser Fazit, unerlässlich, um Diskurse um Klimapolitik und globale Ungleichheiten zukunftsweisend zu gestalten.

Literaturverzeichnis

- Achtelik, Kirsten (2022). Emanzipative Selbstbestimmung? Schwangerschaftsabbruch nach Pränataldiagnostik im Spannungsfeld zwischen Individualismus und Gesellschaftskritik. In Marie Fröhlich, Ronja Schütz & Katharina Wolf (Hrsg.), *Politiken der Reproduktion. Umkämpfte Forschungsperspektiven und Praxisfelder* (S. 101–113). Bielefeld: transcript. <https://doi.org/10.14361/9783839452721-006>
- Barlösius, Eva (2007). Einleitung: Demographisierung des Gesellschaftlichen. In Eva Barlösius & Daniela Schiek (Hrsg.), *Demographisierung des Gesellschaftlichen* (S. 7–18). Wiesbaden: Springer VS.
- Barlösius, Eva & Schiek, Daniela (Hrsg.). (2007). *Demographisierung des Gesellschaftlichen*. Wiesbaden: Springer VS. <https://doi.org/10.1007/978-3-531-90417-7>
- Breuer, Franz; Offenberger, Ursula & Schwertel, Tamara (in Vorbereitung). *Reflexive Grounded Theory. Das Lehrbuch*. Wiesbaden: Springer VS.

- Bujard, Martin (2022). *Demografischer Wandel*. Bundeszentrale für politische Bildung. Zugriff am 23. Juni 2025 unter https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/IzPB_350_Demografischer-Wandel_barrierefrei.pdf.
- Brunschweiler, Verena (2019). *Kinderfrei statt kinderlos. Ein Manifest*. Marburg: Büchner-Verlag.
- Clarke, Adele E. & Haraway, Donna (Hrsg.). (2018). *Making kin not population*. Chicago: Prickly Paradigm Press.
- Clarke, Adele; Washburn, Rachel & Friese, Carrie (2022). *Situational analysis in practice. Mapping relationalities across disciplines* (2. Aufl.). New York: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781003035923>
- De Rose, Alessandra & Testa, Maria Rita (2013). *Climate Change and Reproductive Intentions in Europe* (Arbeitspapier Nr. 9). Zugriff am 23. Juni 2025 unter https://epub.oeaw.ac.at/0xc1aa5576_0x003d06d6.pdf.
- Douglas, Mary (2013 [1966]). *Purity and Danger. An Analysis of Concepts of Pollution and Taboo*. Hoboken: Taylor and Francis.
- Foucault, Michel (2022 [1978/1979]). *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II* (9. Aufl.). Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2023 [1987]). *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit I* (24. Aufl.). Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Glaser, Barney & Strauss, Anselm (1967). *The discovery of grounded theory: Strategies for qualitative research*. New York: Routledge. <https://doi.org/10.4324/9780203793206>
- Hickman, Caroline; Marks, Elizabeth; Pihkala, Panu; Clayton, Susan; Lewandowski, R. Eric; Mayall, Elouise E.; Wray, Brit; Mellor, Catriona & van Susteren, Lise (2021). Climate anxiety in children and young people and their beliefs about government responses to climate change: a global survey. *The Lancet Planetary Health*, 5(12), e863–e873. [https://doi.org/10.1016/S2542-5196\(21\)00278-3](https://doi.org/10.1016/S2542-5196(21)00278-3)
- Jacobs, Ronald N. & Townsley, Eleanor (2011). *The Space of Opinion: Media Intellectuals and the Public Sphere*. Oxford: Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/acprof:oso/9780199797929.001.0001>
- Lembke, Ulrike (2024). Reproductive Selbstbestimmung und reproduktive Gerechtigkeit – ein intersektionaler Menschenrechtsansatz. *GENDER*, 24(1), 11–25. <https://doi.org/10.3224/gender.v16i1.02>
- Murphy, Michelle (2017). *The economization of life*. Durham: Duke University Press. <https://doi.org/10.1515/9780822373216>
- Novotny, Rudi (2023). *Kinder? Nicht so wichtig! Eine neue Studie zeigt: Die Deutschen denken anders über Elternschaft als noch vor wenigen Jahren. Was passiert da?* ZEIT ONLINE. Zugriff am 22. Mai 2024 unter <https://www.zeit.de/2023/22/elternschaft-kinder-stellenwert-vermaechtnisstudie>.
- Offenberger, Ursula (2023). Situational Analysis as a Traveling Concept: Mapping, Coding and the Role of Hermeneutics. *Forum: Qualitative Social Research*, 24(2). <https://doi.org/10.17169/fqs-24.2.4021>
- Sasser, Jade S. (2024). At the intersection of climate justice and reproductive justice. *WIREs Climate Change*, 15(1), e860. <https://doi.org/10.1002/wcc.860>
- Schmitt, Stefan (2023). *Überbevölkerung und der Klimawandel. Aber die Weltbevölkerung wächst weiter ... Solange die Menschheit weiter immer größer wird, bringt Klimaschutz doch eh nichts. Zahlen helfen gegen dieses Scheinargument*. ZEIT ONLINE. Zugriff am 17. April 2025 unter <https://www.zeit.de/2023/31/ueberbevoelkerung-klimawandel-wachstum-klimaausreden>.
- Schultz, Susanne (2020). Der gefährliche Geist der ‚Bevölkerung‘ in der Klimadebatte. *Femina Politica*, 20(2), 23–36. <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v29i2.03>

- Schultz, Susanne (2021). The Neo-Malthusian Reflex in Climate Politics: Technocratic, Right Wing and Feminist References. *Australian Feminist Studies*, 36(110), 485–502. <https://doi.org/10.1080/08164649.2021.1995847>
- Schwertel, Tamara (2023). Adele Clarke meets Donna Haraway: relationale Maps, Werden-mit-anderen und die Bedeutung von Elementen in Situationsanalysen. *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research*, 24(2). <https://doi.org/10.17169/fqs-24.2.4071>
- Strathern, Marilyn; Sasser, Jade; Clarke, Adele; Benjamin, Ruha; Tallbear, Kim; Murphy, Michelle; Haraway, Donna; Huang, Yu-Ling & Wu, Chia-Ling (2019). Forum on Making Kin Not Population: Reconceiving Generations. *Feminist Studies*, 45(1), 159–172. <https://doi.org/10.1353/fem.2019.0008>
- Strauss, Anselm L. (1994). *Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Datenanalyse und Theoriebildung in der empirischen soziologischen Forschung* (2. Aufl.). Stuttgart: UTB.
- Tlusty, Ann-Kristin (2023). *Klimaschutz und Kinderlosigkeit. Aber ich habe ja keine Kinder ... Es klingt zynisch: Wer keine Kinder in die Welt setzt, kann seine Klimabilanz verbessern. Stimmt, aber rechtfertigt das, häufiger in den Urlaub zu fliegen?* ZEIT ONLINE. Zugriff am 17. April 2025 unter <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2023-10/klimaschutz-kinderlosigkeit-co2-bilanz-ausrede>.
- Wippermann, Carsten (2014). *Kinderlose Frauen und Männer. Ungewollte oder gewollte Kinderlosigkeit im Lebenslauf und Nutzung von Unterstützungsangeboten*. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [Broschüre]. Zugriff am 23. Juni 2025 unter <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/kinderlose-frauen-und-maenner-76016>.
- Wynes, Seth & Nicholas, Kimberly (2017). The climate mitigation gap: education and government recommendations miss the most effective individual actions. *Environmental Research Letters*, 17(12). <https://doi.org/10.1088/1748-9326/aa7541>
- Zinsmeister, Julia (2023). Reproduktive Gerechtigkeit im Kontext von Geschlecht und Behinderung. Zum Einfluss bevölkerungspolitischer Steuerungsinteressen auf die Beurteilung der Einwilligungsfähigkeit von Frauen* mit und ohne Behinderung. *Kritische Justiz*, 56(1), 56–68. <https://doi.org/10.5771/0023-4834-2023-1>

Zu den Personen

Ursula Offenberger, Prof. Dr., Methodenzentrum der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Tübingen. Arbeitsschwerpunkte: qualitative Methoden der Sozialforschung, Geschlechterforschung, Wissenschafts- und Technikforschung.

Kontakt: Universität Tübingen, Methodenzentrum der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Hauberstraße 11, 72076 Tübingen

E-Mail: ursula.offenberger@uni-tuebingen.de

Tamara Schwertel, Dr., Universität zu Köln, Medizinische Fakultät und Uniklinik Köln, IMVR, Lehrstuhl für Medizinsoziologie. Arbeitsschwerpunkt: qualitative Methoden der Sozialforschung, Medizinsoziologie, Wissenschafts- und Technikforschung.

Kontakt: Universität zu Köln, Medizinische Fakultät und Uniklinik Köln, Eupener Straße 129, 50933 Köln

E-Mail: tamara.schwertel@uk-koeln.de

Clara Retz, B. A., Methodenzentrum der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Tübingen. Arbeitsschwerpunkte: Soziologie, empirische Forschungsmethoden.

Kontakt: Universität Tübingen, Methodenzentrum der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Hauberstraße 11, 72076 Tübingen

E-Mail: retz.clara@gmx.de

Judith Glaesser, Dr., Methodenzentrum der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Universität Tübingen. Arbeitsschwerpunkte: Qualitative Comparative Analysis (QCA), Forschungsdesign, Bildungssoziologie.

Kontakt: Universität Tübingen, Methodenzentrum der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Haüßerstraße 11, 72076 Tübingen

E-Mail: judith.glaesser@uni-tuebingen.de